

02	Top News	13	Veranstaltungen Vorschau
03	In eigener Sache	15	Personalnachrichten
04	Studierendenprojekte	15	Aus den Abteilungen
05	Hochschulspiegel	20	Weltoffene Hochschulen
08	Forschung	21	Veröffentlichungen

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Viertel des Jahres 2026 ist bereits vergangen. Unsere Hochschule hat die Zeit jedoch gut genutzt und wieder für einige Highlights gesorgt. Eines davon war sicherlich das Richtfest für unseren neuen Zentralcampus in Herne am 2. März.

Ich kann es nur immer wieder betonen: Der neue Standort ist ein Meilenstein für unsere Hochschule. Sie bekommt damit eine zentrale Anlaufstelle und ein neues „Gesicht“. Die Abteilung Gelsenkirchen wird an einem modernen und großen Campus gebündelt, der mit seinem Lehrgebäude, einer Mensa, der Bibliothek und viel Aufenthaltsqualität alles bietet, was Studierende und Lehrende brauchen. Darüber hinaus wird auch unsere Zentralverwaltung endlich näher am Lehrbetrieb angeschlossen sein: im Verwaltungsgebäude, direkt auf dem neuen Gelände.

Sämtliche Gäste des traditionellen Richtfestes waren beeindruckt von den Dimensionen und der künftigen Ausgestaltung des neuen Zentralcampus. Auch NRW-Innenminister Herbert Reul, der als Ehrengast angereist war, lobte das künftige Herzstück der HSPV NRW. Die Erwartungen und die Vorfreude sind überall groß – und das zu Recht!

Bis zum Umzug dauert es nicht mehr lange: In einem Jahr wird unsere Verwaltung bereits die neuen Räumlichkeiten beziehen können. Bis dahin ist natürlich noch viel vorzubereiten und zu planen: auf der Baustelle, an den jeweiligen Studienorten und in der Zentralverwaltung. Viele Mitarbeitende organisieren dieses Mammutprojekt, damit möglichst alles reibungslos verläuft. Allen engagierten Kolleginnen und Kollegen möchte ich deshalb an dieser Stelle meinen Dank aussprechen. Ohne Sie würde es nicht funktionieren.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Freude bei der Lektüre des Newsletters!

Ihr

Martin Bornträger
Präsident der HSPV NRW

Top News

Richtfest in Herne

Der Bau des neuen Hochschulstandorts geht in die finale Phase über

Mit einem traditionellen Richtfest wurde der nächste Baufortschritt am neuen Zentralkampus der HSPV NRW in Herne gefeiert. Das von der der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH realisierte Bauprojekt geht damit in die finale Phase über, die mit der feierlichen Eröffnung im Frühjahr 2027 abgeschlossen sein wird.

„Wir errichten hier nicht nur ein Gebäude, sondern einen Ort, der Verantwortung trägt – für Bildung, staatliche Handlungsfähigkeit und die Zukunft unseres Landes“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul, der zum Richtfest angereist ist. „Dieser Campus ist ein sichtbares Bekenntnis des Landes Nordrhein-Westfalen zu seiner Verantwortung für Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.“

Am neuen Zentralkampus der HSPV NRW werden die bisherigen Studienorte Dortmund, Gelsenkirchen, Hagen und Herne zusammengeführt, sodass über 4.000 Studierende der kommunalen und staatlichen Verwaltung sowie der Polizei hier einen modernen und zukunftsfähigen Lernort bekommen. Auch die Zentralverwaltung der Hochschule wird hier ihren neuen Sitz haben.

„Unsere Hochschule bekommt im 50. Jahr ihres Bestehens mit dem neuen Campus ein Gesicht – ein Gesicht, das die Exzellenz unserer Lehre und Forschung zeigt. Hier entstehen klare Strukturen, kurze Wege und ein echtes Miteinander von Lehre, Verwaltung und Organisation“, betonte HSPV-Präsident Martin Borntäger.



V.l.n.r.: Silke Thielen (HOCHTIEF PPP Solutions), Arne Herking (HOCHTIEF Infrastructure), Sandra Arendt (HOCHTIEF PPP Solutions), Dr. Frank Dudda (Oberbürgermeister Herne), Heinrich Böckelühr (Regierungspräsident Arnsberg), Herbert Reul (Innenminister NRW) und Martin Borntäger (Präsident HSPV NRW) (Bild: HOCHTIEF)

Für die Stadt Herne ist der Bau des Zentralkampus ebenfalls ein Meilenstein: Zum ersten Mal in ihrer Geschichte wird die Stadt damit zum Hochschulstandort. „Ich freue mich sehr



Polier Volker Spiegel verlas den Richtspruch, was traditionell auch mit Alkohol gefeiert wird (Bild: HOCHTIEF)

über den Baufortschritt der Hochschule. Mit dem Richtfest biegt dieses wichtige Stadtentwicklungsvorhaben nun auf die Zielgerade der Projektrealisierung ein. Damit kommt Herne dem erklärten Ziel, mehr wissensbasierte Arbeitsplätze in die Stadt zu holen, einen großen Schritt näher. Dafür wird künftig auch intelligente Rechenleistung benötigt. Darum freue ich mich umso mehr, dass wir in einigen Wochen auch den Baustart für das ebenfalls von Hochtief zu errichtende Rechenzentrum in unmittelbarer Nachbarschaft zur HSPV werden feiern können“, so Oberbürgermeister Dr. Frank Dudda.

Sowohl der Herner Oberbürgermeister als auch Heinrich Böckelühr, Regierungspräsident des Regierungsbezirks Arnsberg, zu dem Herne gehört, nahmen an der Zeremonie teil. Dabei wurden, begleitet von Segenssprüchen, symbolisch die letzten Nägel in den Dachbalken eingeschlagen. Im Anschluss folgte durch den Polier Volker Spiegel die Verlesung des Richtspruches sowie das Hochziehen der Richtkrone.

„Diese Tradition ist mehr als nur Symbolik: Sie zeigt auch die enge und gute Zusammenarbeit zwischen dem Land NRW, der Stadt Herne, der Hochschule und dem Bauträger HOCHTIEF, um eine zukunftsfähige und lernfreundliche Umgebung für die nächsten Generationen in Polizei und Verwaltung zu schaffen“, sagte Heinrich Böckelühr.

Der Zentralkampus, der durch das Lehr-, das Mehrzweck- und das Verwaltungsgebäude sowie das Parkhaus bereits gut sichtbar ist, geht nun in die finale Bauphase über. Die Arbeiten gehen unvermindert weiter, um einen pünktlichen Umzug der Hochschule im Frühjahr 2027 zu ermöglichen. Der Start des Studienbetriebs am neuen Standort steht für den Beginn des Studienjahres im September 2027 auf der Agenda.



Zum Ende der Veranstaltung wurde der mit bunten Bändern geschmückte Richtkranz von einem Kran in die Höhe gezogen (Bild: HOCHTIEF)

„Mit dem Entwurf von Auer+Weber übersetzen wir die komplexen Anforderungen moderner Bildungs- und Arbeitsplatzkonzepte im öffentlichen Sektor in eine funktionale Architektur. Darüber hinaus übernehmen wir als Vermieter für die HSPV auch Verantwortung für den nachhaltigen Betrieb der Gebäude. So entsteht ein Campus, der dauerhaft in einem guten Zustand bleibt“, betonte Sandra Arendt, Vorsitzende der Geschäftsleitung Soziale Infrastruktur Europa von HOCHTIEF PPP Solutions.

Mehr [Informationen zum Zentralcampus](#) in Herne finden Sie auf der [Homepage](#) der HSPV NRW.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Zentralverwaltung

In eigener Sache

Newsletter in neuem Gewand

Aus „HSPV Aktuell“ wird „HSPV news“

Neue technische Standards eröffnen uns heute vielfältige Möglichkeiten, Inhalte zeitgemäß, zugänglicher und nutzerfreundlicher aufzubereiten. Dies nehmen wir zum Anlass, unser Angebot für die Leserinnen und Leser gezielt weiterzuentwickeln und spürbar zu verbessern. Ein zentraler Baustein dieser Weiterentwicklung ist die Einführung eines neuen Newscenters auf der Webseite als künftiges Zentrum unserer Kommunikation und Veröffentlichungen. Hier bündeln wir aktuelle Informationen dynamisch und barrierefrei an einem Ort. Beiträge können tagesaktuell veröffentlicht werden – unabhängig von klassischen Redaktionsschlüssen oder Satzterminen – und stehen damit jederzeit zeitnah und flexibel zur Verfügung.

Damit einher geht auch eine Neuauflage dieses Newsletters. Nach 17 Jahren „HSPV Aktuell“ erscheint im Mai 2026 die letzte Ausgabe im altbekannten PDF-Format. Die Abonnentinnen und Abonnenten können sich zukünftig auf einen zeitgemäßen HTML-Newsletter freuen, der (wie bisher auch) per E-Mail an alle registrierten Leserinnen und Leser verschickt wird. Er speist sich künftig aus den Inhalten des Newscenters und stellt eine kompakte, regelmäßig erscheinende Auswahl der neuesten Beiträge sowie der wichtigsten Informationen und Termine aus dem Hochschulalltag bereit. So bleiben unsere

Leserinnen und Leser kontinuierlich auf dem aktuellen Stand – übersichtlich, relevant und passgenau aufbereitet. Das Wichtigste: keine Inhalte oder Kategorien gehen verloren.

Flankiert wird diese Weiterentwicklung durch ein Facelift unserer Webseite. Ziel ist es, die Nutzerführung noch stärker an den Bedürfnissen der Anwenderinnen und Anwender auszurichten und den Zugang zu Informationen so einfach und intuitiv wie möglich zu gestalten. Die Optimierungen sorgen dafür, dass Inhalte schneller gefunden und effizienter genutzt werden können.

Wir freuen uns auf die neuen Formate und sind bemüht, unseren Leserinnen und Lesern, wie auch unseren Autorinnen und Autoren den Umstieg so reibungslos wie möglich zu gestalten. Bei Fragen wenden Sie sich gerne jederzeit an das Team der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

kommunikation@hspv.nrw.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Zentralverwaltung

Studierendenprojekte

Taskforce Problemimmobilien

Gelungenes Studienprojekt soll 2027 fortgesetzt werden

Das im Mai 2024 in diesem Newsletter vorgestellte, praxisbezogene Studienprojekt „Taskforce Problemimmobilien“ hat seinen ersten Durchlauf im Frühjahr/Sommer 2025 in Kooperation mit der Stadt Hagen mit großem Erfolg abgeschlossen. Die Ergebnisse haben eindrucksvoll den Mehrwert einer wissenschaftlichen Begleitung behördlicher Interventionen durch Studierende der HSPV NRW unter Beweis gestellt. Der interdisziplinäre Ansatz ermöglichte es, komplexe Sachverhalte aus verschiedenen juristischen und administrativen Blickwinkeln zu beleuchten und direkt anwendbare, praxisrelevante Erkenntnisse zu gewinnen, die in einem „Hagen-Pakt“ auf höchster stadtpolitischen Ebene unter ministerieller Begleitungsvereinbarung angegangen werden.

Aufgrund der durchweg positiven Resonanz und der ungebrochenen gesellschaftlichen Relevanz wird das Erfolgsprojekt – so sich Studierende wieder interessieren – 2027 in eine erweiterte Phase eintreten. Die Themenfelder werden hierfür gezielt weiterentwickelt. Sie stellen keine gänzlich neuen Ansätze dar, sondern bauen konsequent auf den fundierten studentischen Resultaten und den gewonnenen Erkenntnissen des Erstdurchlaufs auf. Diese werden nun kombiniert mit den hochaktuellen Problemfeldern aus der Praxis, wie sie sich derzeit in Städten wie Duisburg, Essen und Hagen zeigen und auch Gegenstand politischer Diskussionen im Land NRW sind. Das große Interesse aus der kommunalen Praxis bestätigt diesen Ansatz und unterstreicht den Bedarf an wissenschaftlicher Expertise. So wird aus den Hagener Verwaltungen zurückgemeldet, dass die weiterentwickelten Themenschwerpunkte als „absolut interessant“ und „sehr vielversprechend“ bewertet werden. Insbesondere die geplanten Untersuchungen zum Verlust der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die Schnittstellenproblematik im Bau- und Wohnungsaufsichtsrecht sowie übergreifende Analysen zum Datenschutz und zur interdisziplinären Zusammenarbeit stoßen auf große Zustimmung. Hier sehen die Praktiker erheblichen Optimierungsbedarf, bei dem die



© detailfoto - stock.adobe.com

Studierenden durch ihre unvoreingenommene Analyse wertvolle Impulse liefern können.

Die politische Brisanz dieser Themen unterstrich nicht zuletzt auch die öffentliche Anhörung von Sachverständigen im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie im Integrationsausschuss des Landtags NRW am 4. Februar 2026. Die dort intensiv geführte Debatte zum „organisierten Missbrauch von Sozialleistungen im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit“ verdeutlicht, dass das Studienprojekt einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Versachlichung und Lösungsfindung in einer hochaktuellen politischen Diskussion zu leisten imstande ist. Das Projekt Taskforce Problemimmobilien will somit auch in seiner Fortsetzung eine Brücke zwischen Wissenschaft und Lehre, Verwaltungspraxis und Kommunalpolitik schlagen, um die sich überschneidenden Problemlagen zu durchdringen und nachhaltige Lösungsansätze zu diskutieren.

Prof. Dr. Sascha Kische
Studienort Hagen

Hochschulspiegel

Verkehrsunfallbilanz 2025

Im Rahmen der Landespressekonferenz hat NRW-Innenminister Herbert Reul am 11. März 2026 im Düsseldorfer Landtag die polizeiliche Verkehrsunfallbilanz für das Vorjahr vorgestellt

Die Bilanz zeigt für NRW im Jahr 2025 ein gemischtes Bild: Die Zahl der Verkehrstoten ist leicht gesunken, gleichzeitig steigt die Gesamtzahl der polizeilich erfassten Verkehrsunfälle. Zentral bleibt: Viele schwere Folgen entstehen nicht zufällig, sondern durch typische Risiken – Geschwindigkeit, Abstand, Vorfahrt, Abbiegen sowie Alkohol und andere berauschende Mittel.

Auffällig sind mehrere Entwicklungslinien, die für die tägliche Polizeiarbeit und das Studium an der HSPV NRW besonders relevant sind: ein hoher Anteil vulnerabler Verkehrsteilnehmer (Rad/Pedelec, E-Scooter, Motorrad), stark steigende Auffälligkeiten bei Drogen im Straßenverkehr und ein Höchststand bei registrierten illegalen Kraftfahrzeugrennen. Gleichzeitig unterstreicht die Bilanz, wie wichtig datenbasierte Schwerpunktsetzung, konsequente Kontrolle und zielgruppengerechte Prävention bleiben – als Kern einer Verkehrssicherheitsarbeit, die sich an der Vision Zero orientiert.

Die Bilanz in Zahlen

Im Jahr 2025 wurden in NRW 656.030 Verkehrsunfälle polizeilich registriert. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einem Plus von rund 11.000 Fällen. 479 Menschen kamen im Straßenverkehr ums Leben – sechs weniger als im Jahr davor. Erfasst wurden außerdem rund 80.500 Verletzte; darunter rund 10.000 Schwerverletzte und rund 70.500 Leichtverletzte. Bildlich gemacht wurde auf der Pressekonferenz auch die Dimension: Die Zahl der Verunglückten entspricht laut Minister Reul der Größenordnung eines „großen Stadions“ – ein starkes Signal, dass Verkehrssicherheit kein Randthema ist.

Ein räumlicher Schwerpunkt wird ausdrücklich benannt: Am häufigsten tödlich sind Unfälle außerhalb geschlossener Ortschaften (ohne Bundesautobahnen). Detailangaben zu Unfällen und Folgen:

- Verkehrsunfälle gesamt: 656.030
- Getötete: 479
- Verletzte insgesamt: ca. 80.500
- Schwerverletzte: ca. 10.000
- Leichtverletzte: ca. 70.500
- Unfälle unter Alkohol / anderen berauschenden Mitteln: 4.404
- Verbotene Kfz-Rennen (registriert): 2.384
- Unfälle bei verbotenen Kfz-Rennen: 663
- Tote bei verbotenen Kfz-Rennen: 19



NRW-Innenminister Herbert Reul während der Pressekonferenz (Bild: Peter Schlanstein)

Was hinter den Zahlen steckt

Die Bilanz betont einen entscheidenden Punkt: Schwere Verkehrsunfälle haben meist wiederkehrende, beeinflussbare Muster. In der Gesamtschau der Personenschadensunfälle werden als häufige Ursachen besonders genannt: Geschwindigkeit, ungenügender Sicherheitsabstand, Nichtbeachten der Vorfahrt regelnden Verkehrszeichen, Fehler beim Linksabbiegen und Alkohol. Diese Faktoren sind nicht nur statistische Kategorien – sie stehen für konkrete Situationen: zu hohes Tempo, dichtes Auffahren, zu wenig Reaktionsraum, riskante Abbiegevorgänge oder Fahrten mit eingeschränkter Wahrnehmung.

Hinzu kommt eine Entwicklung, die viele Einsatzkräfte im Alltag längst wahrnehmen: Alkohol bleibt ein dominanter Risikotreiber, zugleich nehmen „andere berauschende Mittel“ zu. Für 2025 werden 4.404 Unfälle unter Alkohol oder anderen Drogen ausgewiesen, davon 3.274 alkoholbedingt und 1.130 unter anderen berauschenden Mitteln. Innerhalb dieser Gruppe ragt Cannabis heraus: 506 Unfälle, ein Zuwachs um rund 23 % – und damit der höchste bislang erfasste Wert. Diese Dynamik macht deutlich: Verkehrssicherheit hängt heute stärker denn je auch an wirksamer Kontrolle, an rechtssicheren Verfahren und an Prävention, die Zielgruppen tatsächlich erreicht.

Auch der volkswirtschaftliche Schaden ist erheblich: Für NRW werden Unfallkosten von über 9,3 Milliarden Euro ausgewiesen. Das unterstreicht zusätzlich, dass Verkehrssicherheit nicht nur menschlich, sondern auch gesellschaftlich ein Schwergewicht ist.

Vulnerable Verkehrsteilnehmende im Fokus

Ein Schwerpunkt der Bilanz liegt auf Verkehrsteilnehmenden, die im Straßenraum besonders verletzlich sind – und deren Risiken sich in den Daten deutlich abzeichnen.

Im Rad- und Pedelecverkehr zeigen sich mehrere Merkmale gleichzeitig: An 34 % aller Personenschadensunfälle sind Rad- oder Pedelecfahrende beteiligt. Zugleich werden 106 Tote im Radverkehr genannt – Höchstwert im Zehnjahresvergleich. Auffällig ist außerdem die Unfallform: 28 % der Personenschadensunfälle mit Rad/Pedelecbeteiligung sind Alleinunfälle; bei tödlichen Unfällen liegt der Anteil noch höher (Pedelec 43 %, Fahrrad 33 %). In Konflikten mit anderen Verkehrsteilnehmenden sind Rad- und Pedelecfahrende häufig Opfer: In 66 % dieser Personenschadensunfälle liegt die Hauptursache beim anderen Verkehrsteilnehmenden – besonders bei Vorfahrt/Vorrang, Abbiegen und Einfahren in den fließenden Verkehr. Gleichzeitig werden als typische Ursachen auf Seiten der Rad-/Pedelecfahrenden Alkohol, Geschwindigkeit und Ablenkung hervorgehoben. Für die Prävention besonders wichtig ist zudem der Blick auf junge Menschen: Bei Pedelecs wird eine deutliche Zunahme verunglückter Kinder beschrieben (auf 266, plus 59 %).



Minister Reul im Interview (Bild: Peter Schlanstein)

Bei E-Scootern wächst das Risikofeld schnell. Die Auswertungen verweisen auf einen starken Markthochlauf (Versicherungsbestand von 180.000 im Jahr 2020 auf 990.000 im Jahr 2023; 79 % Privatbesitz) – und parallel aufsteigende Unfallfolgen. Für 2025 werden rund 3.900 Verunglückte genannt (plus 50 % gegenüber 2024); zudem enden 96 % der polizeilich erfassten E-Scooter Unfälle mit Personenschaden. Besonders sensibel ist die Kinderdimension: 566 verunglückte Kinder (bis 14 Jahre) und ein Anstieg dieser Gruppe um 72 % werden ausgewiesen. Ausdrücklich weist Minister Reul auch auf Regelverstöße hin: E-Scooter dürfen erst ab 14 Jahren im öffentlichen Straßenverkehr gefahren werden; die Mitnahme von Personen ist unzulässig. Im Detail werden 362 verunglückte Vierzehnjährige und 204 Kinder im Alter bis 13 genannt; letztere entsprechen 36 % der verunglückten Kinder.

Auch im Motorradbereich steckt ein ambivalentes Signal: Die Zahl der getöteten Motorradfahrenden sinkt deutlich (von 86 auf 45, minus 48 %, niedrigster Zehnjahreswert). Gleichzeitig steigen die Verletztenzahlen: Leichtverletzte plus 18 %, Schwerverletzte plus 3 %. Thematisiert werden zudem typische Konstellationen (unter anderem hoher Anteil von Alleinunfällen, häufige Fehler wie unangepasste Geschwindigkeit, riskantes Überholen, geringer Abstand oder Ablenkung) sowie zielgerichtete Präventionsansätze (Training, Schutzkleidung/Airbag Westen, Aktionstage).

Polizeiarbeit als Sicherheitsnetz und Lernfeld im Studium

Verkehrssicherheit ist eine Daueraufgabe der Polizei Nordrhein-Westfalen – 365 Tage im Jahr. Das Spektrum reicht dabei von der Prävention über Kontrolle und Durchsetzung bis zur Unfallaufnahme und Ermittlungsarbeit. Gerade diese Kombination macht Verkehrssicherheitsarbeit so wirksam: Sie verbindet unmittelbare Gefahrenabwehr (Absichern, Retten, Sperren), konsequente Rechtsdurchsetzung (Alkohol/Drogenfahrten, Geschwindigkeitsverstöße, Vorfahrt und Abbiegeverstöße) und den Erkenntnisgewinn aus Daten (Unfallanalyse, Lagebilder, Schwerpunktplanung).

Exemplarisch Präventionsbausteine sind laut Minister Reul die Verkehrssicherheitsberatung an Schulen, Pedelec- und Seniorentrainings sowie VR-Simulatoren. Auf der Kontrollseite unterstreicht der Minister die hohe praktische Bedeutung des Themas Drogen: Es wurden bei Verkehrskontrollen rund 24.000 Drogenverstöße (ohne Unfall) festgestellt. Bei illegalen Rennen zeigt sich die Notwendigkeit spezialisierter Ermittlungen – von technischer Auswertung über beweissichere Dokumentation bis zu Maßnahmen gegen Fahrerlaubnis und Fahrzeuge.

Für das Polizeistudium ist die Verkehrsunfallbilanz damit mehr als ein Jahresrückblick: Sie ist ein Lehrstück moderner, evidenzorientierter Polizeiarbeit. Studierende lernen hier, wie aus Statistik Handlung wird: Risiken erkennen, Maßnahmen planen, rechtssicher umsetzen, Wirkung prüfen – und dabei mit Partnern zusammenarbeiten (Kommunen, Straßenbau-träger, Schulen, Verbände, Rettungsdienste). Aus didaktischer Perspektive ist es ein ideales Feld, um Kompetenzen zu verbinden: Rechtsanwendung, Taktik, Kommunikation, Technikverständnis und Datenkompetenz.

Hinweis

Vertiefende Grafiken, Detailtabellen und weiterführende Einordnungen sind im [Medienpaket](#) des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen gesammelt. [Statistikdaten](#) stehen ebenfalls online zur Verfügung.

Effizienzinitiative mit Blick nach vorn

Die Effizienzinitiative der Polizei NRW vom Februar 2026 setzt wichtige Impulse: weniger Reibungsverluste, modernere Abläufe, mehr Zeit für Kernaufgaben. Gleichzeitig zeigt der Beitrag „Verkehrssicherheit ist kein Streichposten“ an drei Beispielen, wo Effizienz fachlich klüger gedacht werden sollte, damit Vision Zero nicht aus dem Blick gerät: Unfallaufnahme darf nicht „ausgedünnt“ werden, sondern sollte digital vereinfacht werden; wirksame Geschwindigkeitsüberwachung braucht Flächendruck und darf nicht ausgerechnet an den falschen Stellen verschwinden; und verkehrspolizeiliche Fachlichkeit sollte als Qualitätsmotor erhalten bleiben, statt im Alltagsdruck anderer Dauerlagen unterzugehen.

Positiv formuliert: Wenn Effizienz als Modernisierung verstanden wird – mit Digitalisierung, smarter Datennutzung und zielgenauer Schwerpunktsetzung – kann sie Verkehrssicherheit stärken, statt sie zu schwächen. Genau dort liegt die Chance, das Leitbild Vision Zero praktisch weiter voranzubringen.

Peter Schlanstein
Studienort Münster

Dienstbesprechung des NRW-Innenministeriums

Am 27. Februar 2026 fand eine Dienstbesprechung des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (IM NRW, Referat 25) mit den Gleichstellungsbeauftragten der Polizei NRW statt

Als Vortragender war Prof. Dr. Till Immich (Studienort Dortmund) eingeladen, der an der HSPV NRW im Bachelor- und Masterstudiengang Staatsrecht und Beamtenrecht lehrt. Rund 100 Teilnehmende aus den Polizeibehörden kamen im Zeitraum von 9 Uhr bis 15 Uhr online zusammen, um ihre Kenntnisse über das Beurteilungsverfahren im Rahmen der Gleichstellungsarbeit zu vertiefen. Auch das Thema „Best Practice“ spielte eine Rolle. Die Gleichstellungsbeauftragten brachten sich hierzu ein und tauschten sich über Empfehlungen für die Praxis aus.

Bereichert wurde die Veranstaltung durch die Vorstellung einer mit der Note „sehr gut“ bewerteten Abschlussarbeit aus dem Bachelorstudiengang „Kommunaler Verwaltungsdienst“ der HSPV NRW: Stadtinspektorin Paula Ellert (Einstellungsjahrgang 2021) präsentierte die Ergebnisse ihrer Bachelorarbeit zum Thema „Generationsbedingte Tendenzen in den Beurteilungen der Polizeivollzugsbeamten und -beamtinnen in Nordrhein-Westfalen – Eine Untersuchung der Beurteilungsergebnisse am Beispiel der Regelbeurteilungen 2023 bei der Kreispolizeibehörde Unna“. Ihr darauf basierender Vortrag beschäftigte sich nicht nur empirisch mit dem Beurteilungsverfahren; Ellert gelang es auch, ihre Thesen schlüssig zu belegen. Ihr halbstündiger Vortrag fand im Plenum besondere Anerkennung. Da die Bachelorarbeit als Verschlusssache eingestuft ist, kann hierauf außerhalb des IM NRW und der Polizei NRW nicht zugegriffen werden.

Ein zentraler Programmpunkt war der Vortrag von Prof. Dr. Till Immich, der bereits zum zweiten Mal – nach einer ersten Einladung durch das IM NRW im Jahr 2023 – zu dieser Thematik referierte. Prof. Dr. Till Immich, der an der HSPV NRW



© <https://pixabay.com/de/>

im Institut für Personal und Management (IPM) mehrere geförderte Forschungsvorhaben zum Laufbahnrecht verantwortet und sich seit Jahren intensiv mit dem Beurteilungswesen beschäftigt, präsentierte aktuelle Rechtsprechung sowie die Auswirkungen des modernisierten Laufbahnrechts auf das anstehende Beurteilungsverfahren. Besonders hob er die Bedeutung von dienstlichen Beurteilungen im Rahmen von Auswahlentscheidungen hervor, vor allem unter dem Aspekt der Frauenförderung nach Maßgabe der § 92a und § 19 Abs. 6 Landesbeamtengesetz. Dabei ging er auch auf die Vorgaben der höchstrichterrechtlichen Rechtsprechung ein. Der „Sensibilisierungserlass“ des IM NRW wurde ebenfalls einbezogen, der die Relevanz der Gleichstellungsarbeit bei Beurteilungsverfahren klarstellend zusammenfasst.

Die Veranstaltung wurde seitens des IM NRW von Ministerialrätin Hütter (Referatsleiterin des Referats 25) eröffnet. Sie wurde

inhaltlich und organisatorisch von ihrer Kollegin EPHK'in Alexandra Gigowski vorbereitet.

Darüber hinaus nahm KHK'in Carolin Soboll, stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte der HSPV NRW, an der Dienstbesprechung teil. Sie arbeitet gemeinsam mit EKHK'in Julia Erdmann in der Gleichstellungskommission der HSPV NRW daran, die Vorgaben des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG NRW) umzusetzen und die Gleichstellung von Frauen und Männern institutionell zu stärken. Weitere Informationen hierzu finden Sie auf der Website der HSPV NRW.

Die Dienstbesprechung am 27. Februar 2026 bot eine wichtige Plattform für Austausch, Impulse und Vernetzung zwischen den Gleichstellungsbeauftragten der Polizei, dem Ministerium und der Wissenschaft. Sie unterstrich die hohe Bedeutung aktueller Forschungserkenntnisse, rechtlicher Entwicklungen und eines geschlechtergerechten Beurteilungsverfahrens für die Gleichstellungsarbeit in der Praxis.

Für interessierte Studierende zum Hintergrund: Das Landesgleichstellungsgesetz NRW stellt die rechtliche Grundlage zur Verwirklichung des Grundrechts der Gleichberechtigung dar. Ziel ist es, nach Maßgabe des Gesetzes Benachteiligungen abzubauen, Frauen gezielt zu fördern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter nachhaltig zu verbessern. Zu den Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten gehören nicht nur die Beratung und Unterstützung der Beschäftigten in Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann. Eine Gleichstellungsbeauftragte ist frei von fachlichen

Weisungen (§ 16 Abs. 1 S. 2 LGG NRW) und gleichberechtigtes Mitglied in Beurteilungsbesprechungen (§ 17 Abs. 1 S. 3 LGG NRW). Beförderungsentscheidungen werden regelmäßig auf der Grundlage aktueller dienstlicher Beurteilungen getroffen (§ 92a Abs. 1 S. 2 LBG NRW).

Besonders hervorzuheben ist, dass Gleichstellung nicht allein Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten ist. Durch § 1 Abs. 3 LGG NRW werden die Dienststellen und Führungskräfte ausdrücklich verpflichtet, den Verfassungsauftrag aus Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz aktiv umzusetzen. Auch dies verleiht dem Thema Gleichstellung eine besondere Relevanz für die Leistungsbeurteilung sowie für das moderne Personalmanagement. Lehrende wie Prof. Dr. Immich integrieren diesen gesetzlich verankerten Gleichstellungsauftrag in ihren Ausführungen in der Lehre. Dafür bieten sich vor allem das Beamtenrecht und das Staatsrecht an. Im weiterbildenden Studiengang „Master of Public Management“ (MPM) an der HSPV NRW werden angehende Führungskräfte für die praktische Bedeutung von Gleichstellung, das Beurteilungsverfahren und die Einhaltung normativer Vorgaben sensibilisiert. Ziel ist es, zukünftige Führungspersönlichkeiten frühzeitig auf ihre Verantwortung im Sinne einer fairen, rechtskonformen und chancengerechten Personalentwicklung im Sinne der Gleichstellung vorzubereiten.

Lena Gierig
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Forschung

Fördermittelstudie

Vereinsförderung in Deutschland erreicht ihr Potenzial nicht

Die Fördermittelstudie „Kleine Summen, große Hilfe? Die Bedeutung von Mikroförderung für zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland“ zeigt, wie essenziell kleine finanzielle Hilfen für das lokale Engagement angesichts knapper öffentlicher Kassen sind. Vereine und Initiativen klagen jedoch über einen unverhältnismäßig hohen administrativen Aufwand bei den Förderungen und den fehlenden Überblick in einer kaum durchschaubaren Förderlandschaft.

Mikroförderprogramme, bei denen kleinere Beträge bis zu 5.000 Euro beantragt werden können, sind an der Basis der Zivilgesellschaft immens gefragt. Knapp 40 Prozent der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland nutzen

dieses Instrument bereits, um ihr lokales Engagement niedrigschwellig zu stärken. Eine aktuelle Studie von ZiviZ im Stifterverband und der HSPV NRW zeigt nun erstmals bundesweit, wie diese Mittel eingesetzt werden und wo es noch hakt. Die Studie wurde von WestLotto gefördert.

Ergebnisse der Fördermittelstudie

Wofür das Geld fließt: Meistens werden Mikroförderungen für konkrete Anschaffungen wie Laptops oder Materialien (60 Prozent) sowie für die Durchführung von Veranstaltungen (45 Prozent) genutzt.

Wer fördert: Bei der Vergabe spielen lokale und regionale Akteure wie Bürger- oder Sparkassenstiftungen mit fast 73 Prozent die Schlüsselrolle, ergänzt durch landes- und bundesweite Förderinstitutionen, wie Landesministerien, die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt oder die Aktion Mensch e.V.

Die Hürden: Fast drei Viertel (73 Prozent) der Organisationen, die keine Mikroförderungen nutzen, wissen schlicht nicht von den Angeboten. Wer sie nutzt, klagt über die Bürokratie: Der zeitliche Aufwand für Antrag und Abwicklung liegt bei vier bis zehn Stunden (bis zu einem Arbeitstag).

Der Wunsch nach mehr: Wohl auch aufgrund des Aufwands favorisieren 43 Prozent der Befragten Förderhöhen am oberen Rand (4.000 bis 5.000 Euro). Kleinstbeträge unter 500 Euro werden kaum als ideal betrachtet.

„Damit Mikroförderungen tatsächlich das Engagement vor Ort nachhaltig stärken können, ist es wichtig, dass Förderinstitutionen mit ihren Programmen rein ehrenamtliche Organisationen besser erreichen und dass der administrative Aufwand für Antragstellende insgesamt spürbar sinkt,“ erklärt Andrea Walter, Professorin für Politikwissenschaft und Soziologie an der HSPV NRW.

Ehrenamtliche haben das Nachsehen

Die Studie offenbart eine deutliche Schere zwischen Organisationen mit und ohne bezahltes Personal. Organisationen mit hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werben Mittel strategischer über Netzwerke und Dachverbände ein und erhalten häufiger höhere Summen, oft von bundesweiten Akteuren. Rein ehrenamtlich getragene Organisationen agieren dagegen bei der Akquise oft isoliert und verlassen sich primär auf persönliche Kontakte (64 Prozent) oder eigene Webrecherchen (56 Prozent).

Auch bei den Engagementfeldern zeigen sich unterschiedliche Prioritäten: Während im Sport und im Umweltschutz klassische Ausrüstung im Fokus steht, nutzen Organisationen aus Kultur, Bildung und dem sozialen Sektor die Gelder häufiger für Veranstaltungen sowie für Honorare und Aufwandsentschädigungen.

„Förderinstitutionen sollten sich ihrer Steuerungswirkung bewusst sein“, betont Peter Schubert, Leiter von ZiviZ im Stifterverband. „Die Festlegung der Themenschwerpunkte oder der Förderhöhe entscheidet letztlich darüber, wer überhaupt eine Chance auf Unterstützung hat und wer durchs Raster fällt. So nehmen Geldgeber direkten Einfluss auf die Engagementlandschaft.“

Über die Studie

Die Studie „Kleine Summen, große Hilfe? Die Bedeutung von Mikroförderung für zivilgesellschaftliche Organisationen in



© Kiattisak - stock.adobe.com

Deutschland“ untersucht auf Basis einer bundesweiten Befragung von 1.432 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen die Bedeutung, Nutzung und Wahrnehmung des Aufwands von Mikroförderungen (Förderungen bis 5.000 Euro). Die Studie wurde in Kooperation von ZiviZ im Stifterverband (Dr. Peter Schubert und Julia Bartel) und der HSPV NRW (Prof. Dr. Andrea Walter) erarbeitet.

Gefördert wurde die Studie von WestLotto. Die staatliche Lotteriegesellschaft Nordrhein-Westfalens ist Mitglied im Stifterverband und stärkt seit Jahren ehrenamtliches Engagement. Die Studie steht online als [Download](#) zur Verfügung.

Über ZiviZ im Stifterverband

Zivilgesellschaft in Zahlen (ZiviZ) ist ein Think&Do-Tank im Stifterverband, der mit Datenerhebungen und -analysen evidenzbasierte Entscheidungen ermöglicht. ZiviZ unterstützt Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik auf ihren Wegen zu einem wirksamen Engagement. ZiviZ arbeitet sektorenübergreifend und deckt mit dem ZiviZ-Survey und dem Monitor Unternehmensengagement die volle Bandbreite zivilgesellschaftlichen Engagements ab.

Der Stifterverband ist eine Gemeinschaft von rund 3.500 engagierten Menschen, Unternehmen und Organisationen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Ziel seiner Arbeit ist, Bildung und Wissenschaft neu zu denken und zu gestalten, um die Innovationskraft der Gesellschaft nachhaltig zu stärken. Als zentraler Impulsgeber analysiert er aktuelle Herausforderungen, fördert Modellprojekte und ermöglicht deren Verbreitung in vielfältigen Netzwerken. Er vernetzt Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, entwickelt gemeinsam Ideen und stößt politische Reformen an. In seinem Wirken konzentriert er sich auf zwei Handlungsfelder: Bildung und Kompetenzen sowie Kollaborative Forschung und Innovation.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Zentralverwaltung

Digitales Training zum Umgang mit dementen Menschen

Ein neues Online-Angebot bereitet Polizistinnen und Polizisten auf einen sensiblen und würdigen Umgang mit Menschen, die unter einer Demenz leiden, vor

Eine ältere Frau blickt in die Kamera, links von ihr sieht man das Gesicht eines Polizisten, rechts von ihr eine Polizistin von hinten. Der Umgang mit Menschen, die unter Demenz leiden, ist nun ein wichtiger Bestandteil der Aus- und Fortbildung bei der Polizei.

Nach zwei Jahren intensiver Forschung steht der Polizei ab sofort ein neues digitales Training zur Verfügung: „Menschenwürde im Einsatz – Demenz verstehen, Rechte schützen“. Das Angebot wurde von der HSPV NRW in Kooperation mit der Polizeiakademie Hamburg erstellt. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW förderte das Projekt, das durch das Deutsche Institut für Menschenrechte und die Deutsche Alzheimer Gesellschaft begleitet wurde.

„Die Polizei muss Ansprechpartnerin für alle Menschen sein. Deshalb ist ein würdiger Umgang mit Menschen, die unter einer Demenz leiden – insbesondere in unserer alternden Bevölkerung – in der Aus- und Fortbildung unserer Beamtinnen und Beamten ein wichtiger Baustein zur Kommunikation mit allen Teilen der Bevölkerung“, sagt NRW-Innenminister Herbert Reul über das neue Angebot.

Über einen Online-Zugang können Polizistinnen und Polizisten bundesweit das Training absolvieren. Bereits kurz nach Veröffentlichung wurde das Training in das Lernmanagementsystem des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW integriert, so dass es allen Polizeibeamtinnen und -beamten in NRW unkompliziert zur Verfügung steht. Erstmals werden darin die Konsequenzen der UN-Behindertenrechtskonvention für die polizeiliche Arbeit mit dieser besonders vulnerablen Gruppe von Menschen praxisnah vermittelt. Das Training geht aber auch in methodischer Hinsicht neue Wege, indem es sich an den Grundsätzen der Menschenrechtsbildung orientiert. Es handelt sich um typische Einsatzszenarien; begleitet mit Stimmen von Betroffenen, Angehörigen, Polizeibeamtinnen und -beamten sowie Expertinnen und Experten aus dem Menschenrechtsschutz und der sozialen Arbeit werden hier Handlungsoptionen auf interaktive und dialogische Weise entwickelt.

Zahl der Betroffenen steigt

„Ich freue mich sehr, dass das vom Gesundheitsministerium geförderte, digitale Training nun für die Polizeibeamtinnen und -beamten zur Verfügung steht. Denn das Training wird ihnen die Krankheit Demenz und ihren Einfluss auf die Betroffenen vermitteln und so dazu beitragen, sie im Umgang mit an Demenz erkrankten Menschen in ihrer alltäglichen Arbeit zu stärken. Das ist wichtig und richtig, denn die Zahl der an Demenz Erkrankten in unserer alternden Gesellschaft steigt.



Ein sensibler und menschenwürdiger Umgang mit Menschen, die unter Demenz leiden, ist auch für die Polizei wichtig (Bild: Jochen Tack)

Dass die Polizei weiß, welchen Einfluss diese Krankheit auf Betroffene hat und wie damit am besten umzugehen ist, ist sowohl für die Betroffenen selbst als auch für ihre An- und Zugehörigen von Bedeutung und trägt zur Deeskalation in ohnehin schwierigen Krisensituationen bei“, sagte NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann.

Im Jahr 2021 waren in Deutschland knapp 1,8 Millionen Menschen an Demenz erkrankt. Nach aktuellen Schätzungen könnte die Zahl bis 2050 auf 2,8 Millionen steigen. Sollten diese Schätzungen zutreffen, wird die Arbeit der Polizei mit demenzerkrankten Menschen sowohl im Einsatz als auch im Rahmen von Ermittlungstätigkeiten deutlich zunehmen.

Dieser Umstand war der ausschlaggebende Grund für Prof. Dr. Tobias Trappe und Dr. Emanuel John das Forschungsprojekt zu starten. Beide lehren an der HSPV NRW Ethik. Prof. Dr. Tobias Trappe forscht seit vielen Jahren im Bereich der Polizei- und Verwaltungsethik und war von 2019 bis 2023 stellvertretender Sprecher des Fachbereichsrats Polizei. Dr. Emanuel John ist Beauftragter des Fachbereichs Polizei für Menschenrechtsbildung und Sprecher des Instituts für Geschichte und Ethik der Polizei und öffentlichen Verwaltung.

„Ich freue mich, dass unsere Hochschule auch in diesem Feld praxisnahe Möglichkeiten findet, um auf gesellschaftliche Veränderungen und Herausforderungen bestmöglich zu reagieren und diese Lösungen in die Lehre einfließen zu lassen“, erklärte Martin Borntäger, Präsident der HSPV NRW.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Zentralverwaltung

Onboarding leicht gemacht: Projektauftritt von KI-InnOMATiv

Kick-Off-Veranstaltung am 17. Februar 2026

Den Einstieg von neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der öffentlichen Verwaltung zu verbessern und insbesondere Teams mit unterschiedlichen Bedarfen und Bedürfnissen zu unterstützen – so lautet das Kernanliegen des Verbundvorhabens KI-InnOMATiv. Zu diesem Zweck entwickelt die HSPV NRW gemeinsam mit Partnern aus Forschung, Wirtschaft und Praxis ein KI-basiertes Assistenzsystem, welches in der Phase des Onboardings unterschiedliche Rollen und Erwartungen aufzeigt, Informationen bündelt sowie konkrete Arbeitsschritte erklärt.

Am 17. Februar 2026 gaben die Projektpartner den gemeinsamen Startschuss für das Projekt KI-InnOMATiv. Das Projektteam tauschte sich über die Ziele und Arbeitspakete aus, entwickelte ein gemeinsames Projektverständnis und diskutierte potenzielle Anwendungsszenarien. Ebenso erklärten Vertreter des Projektträgers Jülich formelle und organisatorische Rahmenbedingungen und beantworteten Rückfragen des Teams. Das Projekt KI-InnOMATiv betrachtet das Onboarding ganzheitlich und fokussiert sich daher nicht nur auf die Vermittlung von Fachwissen. Zusätzlich nimmt es individuelle Vorerfahrungen, Stärken und Lernstile der neuen Beschäftigten in den Blick, um eine gelingende Zusammenarbeit sicherzustellen. Die Bedarfe unterschiedlicher Zielgruppen fungieren hierbei als Ausgangspunkt für die Entwicklung technischer Lösungen. In mehreren Entwicklungsrunden entstehen Prototypen, die in der Praxis erprobt werden. Damit der Einsatz in der Praxis gelingt, werden begleitend unterstützende Materialien (beispielsweise Leitfäden) entwickelt und zur Verfügung gestellt. Datenschutz und ethische Aspekte werden bereits zu Beginn berücksichtigt.

Das Projekt KI-InnOMATiv ist ein Verbundvorhaben der Hochschule Ruhr West, der Technischen Universität Dortmund, der Technischen Hochschule Ostwestfalen-Lippe, der HSPV NRW und der Unternehmen Adnexus und Fabbrain. Das Projekt wird im Rahmen von NEXT.IN.NRW aus Mitteln des EFRE/JTF-Programms NRW 2021–2027 für die Laufzeit von Januar 2026 bis Dezember 2028 gefördert. Seitens der HSPV NRW, unter der Projektleitung von Prof. Dr. Andreas Gourmelon, übernimmt Hendrik Thesing die Projektarbeiten. Er hat Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Sozialforschung in den Bereichen Arbeits- und Organisationssoziologie sowie Diversität an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf studiert und war zuvor in verschiedenen Projekten an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft tätig.

Hendrik Thesing

Studienort Gelsenkirchen



Ministerium für Wirtschaft,
Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



Kick-Off-Veranstaltung des Projekts KI-InnOMATiv an der Hochschule Ruhr West.
V. l. n. r.: Prof. Dr. Andreas Gourmelon (HSPV NRW), Marius Sharma (Adnexus), Sven Döhre (Fabbrain), Prof. Dr. Aysegül Dogangün (Hochschule Ruhr West), Prof. Dr. Jessica Rubart (TH OWL) und Prof. Dr. Frauke Mörike (TU Dortmund) (Bild: Julia Hermann)



Hendrik Thesing, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt KI-InnOMATiv
(Bild: Julia Hermann)

Neue Handreichung für Governance-Lehrende erarbeitet

Zum Studienjahr 2025/2026 hat die HSPV NRW als erste Verwaltungshochschule in Deutschland „Bürger-schaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung“ explizit als Lehrziel in die Bachelor-Verwaltungsstudiengänge (im Teilmodul Governance) und in den „Master of Public Management“ (MPM) aufgenommen

Dies wurde jetzt zum Anlass genommen, um ein didaktisches Lehrkonzept für das modifizierte Teilmodul zu erarbeiten und Lehrenden passgenaue Hilfestellungen bereitzustellen. Konkret erfüllt die neue Handreichung für die derzeit 25 haupt- und nebenamtlich Lehrenden des Teilmoduls Governance folgende Ziele:

1. Die Schlüsselthemen des Teilmoduls werden für die praktische Lehrgestaltung konkretisiert (unter anderem mittels vertiefender Leitfragen, relevanter Literaturhinweise und Beispielen guter Lehrpraxis).
2. Unter Berücksichtigung der formalen Rahmenbedingungen des Teilmoduls bietet ein beispielhafter Lehrplan (neuen) Lehrenden des Teilmoduls Orientierung.
3. Zwischen dem Governance-Teilmodul und anderen ausgewählten Teilmodulen der Verwaltungsstudiengänge sind inhaltliche Schnittmengen herausgearbeitet worden, um a) beispielhaft darzustellen, wie Teilmodule inhaltlich aufeinander aufbauen können und b) Möglichkeiten für inhaltliche Bezugnahmen oder gar Team-Teaching zwischen parallel stattfindenden Teilmodulen aufzuzeigen.

Die Beispiele guter Lehrpraxis sind partizipativ entwickelt worden, indem haupt- und nebenamtlich Lehrende aufgerufen waren, ihre erprobten Lehrbeispiele zur Verfügung zu stellen. Für die Erarbeitung der Handreichung wurden zudem Gespräche mit Lehrenden und externen Akteuren (unter anderem Vertreter des „Kommunen-Netzwerks: engagiert in NRW“ und der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen) geführt, um die Vernetzung zur Praxis zu stärken (zum Beispiel zur Gewinnung von Praxisgästen in Lehrveranstaltungen und von Lehrmaterial aus der Praxis).

Die digitale Handreichung, die im Rahmen einer internen Forschungsförderung des Instituts für Personal und Management (IPM) entstanden ist, steht Governance-Lehrenden über einen ILIAS-Ordner zur Verfügung und kann darüber hinaus von Interessierten bei Prof. Dr. Andrea Walter angefragt werden.

Prof. Dr. Andrea Walter
Studienort Dortmund

Veranstaltungen Vorschau

Weiterbildung Intern

Die Veranstaltungen für die Jahre 2026/2027 stehen nach erfolgreicher Anmeldung im internen Bereich der Homepage der HSPV NRW zur Verfügung (Zugriff nur für hauptamtlich Lehrende, Lehrbeauftragte und Verwaltungsangehörige).

April 2026

13./14.04.2026	TSK 1	QUA-LiS NRW, Soest
14.04.2026	Wissenschaftliches Arbeiten, Gruppe 9 (1/3)	online
16.04.2026	Campusgespräche	online
22.04. - 24.04.2026	TSK 3, Polizei	FAH Herne
28.04.2026	Wissenschaftliches Arbeiten, Gruppe 9 (2/3)	online

Mai 2026

12.05.2026	Wissenschaftliches Arbeiten, Gruppe 9 (3/3)	online
18./19.05.2026	TSK 2	QUA-LiS NRW, Soest
28.05.2026	Lehre für Demokratie	HSPV NRW, Zentralverwaltung

Juni 2026

01./02.06.2026	TSK 3 (AV/R)	QUA-LiS NRW, Soest
02.06.2026	Diversität was nun?	online
03.06.2026	Unconscious Bias in der Lehre	online
10.06.2026	Selbstreguliertes Lernen in Studium und Lehre	HSPV NRW, Zentralverwaltung

Juli 2026

01.07.2026	Lehrebox Live: Lehrmethoden	online
------------	-----------------------------	--------

Oktober 2026

01.10 - 31.10.2026	Gruppenarbeiten in ILIAS: Materialien für die Gruppenarbeit finden (OER) (Modul 4)	online
07.10-14.10.2026	Professionell lehren: Basis time, Basis 1, Gruppe 46	online

November 2026

01.11. - 30.11.2026	Gruppenarbeiten in ILIAS: Gruppenarbeiten planen (Modul 5)	online
11. - 18.11.2026	Professionell lehren: Basis time, Basis 2, Gruppe 46	online
24.11.2026	Der Weg zum besseren Gedächtnis	online

Januar 2027

13. - 20.01.2027	Professionell lehren: Basis time, Basis 3, Gruppe 46	online
------------------	--	--------

Februar 2027

10. - 17.02.2027	Professionell lehren: Basis time, Basis 4, Gruppe 46	online
------------------	--	--------

Kontakt

weiterbildung-intern@hspv.nrw.de

Anmeldung zum Veranstaltungsticker!

Der hochschuldidaktische Veranstaltungsticker richtet sich an alle Lehrenden der HSPV NRW, die über freie (Rest-)Plätze in den Fortbildungsveranstaltungen der internen Weiterbildung per E-Mail auf dem Laufenden gehalten werden möchten.

Didaktik@home

Mit Didaktik@home erhalten Sie hochschuldidaktische Impulse zu Themen wie Digitalisierung, Diversität und Demokratisierung in der Lehre – in kurzen, anschaulichen Einheiten, die jederzeit und ortsunabhängig über ILIAS abrufbar sind.

ILIAS-Kursumgebung

Drittes Netzwerktreffen Verwaltungsinformatik

Die Veranstaltung findet am 27. April 2026 erneut am Studienort Köln statt

Wie schon in den zwei Jahren zuvor ist es uns ein besonderes Anliegen, mit den Absolventinnen und Absolventen im Austausch zu bleiben. Zu diesem Zweck möchten wir hiermit sehr herzlich die derzeitigen und ehemaligen Studierenden des Bachelorstudiengangs Verwaltungsinformatik sowie die Verantwortlichen für Digitalisierung in den Kommunen und Landesbehörden einladen.

Die Veranstaltung findet am Montag, den 27. April 2026 von 16 Uhr bis 18 Uhr im Städtesaal des HSPV-Studienorts Köln (Erna-Scheffler-Straße 4, 51103 Köln) statt.

Um die Veranstaltung besser planen zu können, würden wir Sie bitten, sich spätestens bis zum 13. April 2026 für das Netzwerktreffen anzumelden.

Die Anmeldung kann online durchgeführt werden. Alternativ können Sie sich auch formlos mit einer E-Mail an:

tim.wambach@hspv.nrw.de

anmelden.

Prof. Dr. Götz Fellrath

Studienort Köln



Impressionen aus dem letzten Jahr (Bilder: HSPV NRW)

Personalnachrichten

Herzlich willkommen an der HSPV NRW

Aus der Verwaltung / Einstellungen

- Tina Schaper ist seit dem 1. März 2026 am Studienort Münster tätig.
- Elena Shcherbakova verstärkt seit dem 16. März 2026 den Studienort Köln.



Maren Freitag
Zentralverwaltung

Mein Name ist Maren Freitag, ich bin 33 Jahre alt und seit dem 16. Februar 2026 Teil des Teams für die Personalsachbearbeitung der Verwaltung. Nach meiner Ausbildung zur Automobilkauffrau und mehreren Jahren Berufserfahrung habe ich von September 2020 bis August 2023 selbst an der HSPV NRW das Bachelorstudium Staatlicher Verwaltungsdienst im Fachbereich Allgemeine Verwaltung/Rentenversicherung beim Polizeipräsidium Bochum absolviert. Anschließend war ich dort in der Personalverwaltung tätig. Nun freue ich mich sehr, wieder an die HSPV NRW zurückzukehren – diesmal auf der Verwaltungsseite. Ich bin gespannt auf die neuen Aufgaben und auf den Austausch mit meinen Kolleginnen und Kollegen!

Aus den Abteilungen

AC

„Ein Servus und Grüß Gott aus Wien“

Studienfahrt in die Landeshaupt Österreichs – Einblicke in Polizeiarbeit und Ausbildung

Im Rahmen einer Studienfahrt nach Wien erhielten Studierende des HSPV-Studienorts Aachen die Gelegenheit, verschiedene Einrichtungen der österreichischen Polizei zu besuchen und einen vertieften Einblick in Strukturen, Aufgabenfelder und Ausbildungsinhalte zu gewinnen. Die Exkursion verband fachliche Programmpunkte mit dem Ziel, polizeiliche Arbeit im europäischen Kontext kennenzulernen und den Austausch innerhalb der Studierendengruppe zu fördern.

Ein zentraler Bestandteil des Programms war der Besuch des Recruiting Centers der Polizei Wien. Dort erhielten die Studierenden Einblicke in die Strategien der Personalgewinnung, das Auswahlverfahren sowie den Aufbau der polizeilichen Ausbildung in Österreich. Im Austausch mit den Verantwortlichen vor Ort, konnten Fragen zur Nachwuchsgewinnung, zu Anforderungen an Bewerberinnen und Bewerber sowie zu Ausbildungsinhalten und Karrierewegen diskutiert werden.



Besuch des Bundesministeriums für Inneres, Landespolizeidirektion Wien

Ein weiterer Programmpunkt war das Kennenlernen des modularen Kompetenztrainings der österreichischen Polizei. Nach einer Einführung in die Ausbildungsstruktur konnten

die Studierenden zwei praktische Übungsszenarien begleiten und erhielten so einen unmittelbaren Eindruck von der praxisnahen Ausbildung und den Trainingsmethoden.

Darüber hinaus wurde den Studierenden die Arbeit der Landesverkehrsabteilung (LVA) Wien vorgestellt. Diese Spezialeinheit ist für die Überwachung und Sicherheit des Straßenverkehrs im Wiener Stadtgebiet zuständig. Im Rahmen der Vorstellung erhielten die Teilnehmenden einen Überblick über zentrale Aufgabenbereiche wie Geschwindigkeits-, Al-



Die Studierenden erhielten Informationen zum modularen Kompetenztraining

kohol- und Fahrzeugkontrollen, Schwerpunktaktionen gegen Verkehrsdelikte sowie Einsätze bei Verkehrsunfällen und Großveranstaltungen.



Gruppenfoto mit allen Teilnehmenden der Studienfahrt
(Alle Bilder: Markus Themeloglou)

Neben den fachlichen Inhalten bot die Studienfahrt auch zahlreiche Gelegenheiten für den sozialen Austausch innerhalb der Studiengruppe. Gemeinsame Programmpunkte und Gespräche förderten den Zusammenhalt, den informellen Austausch über Studien- und Praxiserfahrungen sowie die Reflexion über unterschiedliche Ansätze polizeilicher Arbeit. Damit verband die Studienfahrt fachliche Einblicke in die Arbeit und Ausbildung der österreichischen Polizei mit wichtigen sozialen Lern- und Begegnungsmöglichkeiten.

Kurs AC P 24/03

Studienort Aachen

DU

Spendenaktion Bahnmissionsmission

Wie schon in den vorherigen drei Jahren, haben Studierende, Lehrende und Verwaltungsmitarbeitende des Studienorts Duisburg auch 2025 wieder eine weihnachtliche Spendenaktion für die Bahnmissionsmission gestartet

Mit fast 1.500 € fiel das Ergebnis zwar kleiner aus als im letzten Jahr, aber auch dieses Geld ist für die Arbeit der Duisburger Bahnmissionsmission von großem Wert, nicht zuletzt, weil die Spendenbereitschaft generell gesunken ist.

Das Engagement der HSPV NRW für die Bahnmissionsmission resultiert nicht nur aus der Tatsache, dass der Studienort unmittelbarer „Nachbar“ ist. Vor allem sehen wir an immer mehr Stellen in unserer Gesellschaft, wie menschenfeindliches Gedankengut um sich greift. Überall breiten sich Konflikte, Krisen und Kriege immer weiter aus, ohne dass sich Lösungen und Perspektiven für ein friedliches Zusammenleben abzeichnen. Gleichzeitig ist es unübersehbar, dass immer mehr Menschen an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt werden, während sozial-caritative Organisationen mit dieser Situation überfordert sind. Indem sich die Bahnmissionsmissionen um die „Gestrandeten“ und „Gestrauchelten“ unserer Hochleistungsgesellschaft kümmern, sind sie ein Ort, an dem diese Entwicklungen in besonders verdichteter Form gegenwärtig werden. Umso mehr freuen sich die Initiatorinnen und Initiatoren der Aktion (Prof. Dr. Bettina Golombiewski, RD Florian Gilbert und

Prof. Dr. Tobias Trappe) sowie Jonas Roch und Bodo Gräßer vom Leitungsteam der Bahnmissionsmission über den Erfolg des Aufrufs. „Gerade in den kalten Monaten sind viele unserer Gäste auf Hilfe angewiesen“, betont Jonas Roch. „In unserer Einrichtung können sie sich aufwärmen und Kontakte knüpfen. In Kurzberatungen werden sie an das Hilfsnetz vermittelt und können im Notfall untergebracht werden. Oft helfen auch ein warmes Getränk und ein belegtes Brötchen gegen den Hunger. Von den Spendengeldern werden insbesondere haltbare Lebensmittel sowie Notpakete zur Überlebenshilfe besorgt. Hier gibt es einen angenommenen Rückzugsort für Menschen, die von der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Mit Ihrer Unterstützung geben Sie Menschen in akuten Notsituationen einen sicheren Zufluchtsort, Wärme und Hilfe. Ihr Engagement und Ihre Solidarität kommen unseren Gästen in Form von haltbaren Lebensmitteln, Decken, Schlafsäcken und Notfallpaketen zugute.“

Prof. Dr. Tobias Trappe

Studienort Duisburg

MS Besuch der Fachoberschule Polizei

Am 10. März 2026 durfte die Abteilung Münster rund 60 Schülerinnen und Schüler der Fachoberschule (FOS) Polizei des Hansa-Berufskollegs Münster willkommen heißen

Nach der Begrüßung starteten die Schülerinnen und Schüler, die von ihrer Lehrerin, Frau Hennig, begleitet wurden, in ein abwechslungsreiches Programm, das ihnen die Möglichkeit gab, erste Hochschulluft zu schnuppern und wertvolle Einblicke in das Studium an der HSPV NRW zu erhalten.

Zum Auftakt wurden die Gäste von Abteilungsleiter Dr. Christoph Keller, Verwaltungsleiterin Christine Hauser und dem Studierendenstandortsprecher Michael Kietzmann (Studierendenvertretung) empfangen. In einer kurzen Begrüßung stellten sie die Hochschule vor und hießen die Besucherinnen und Besucher herzlich willkommen.

Im Laufe des Vormittags erfuhren die Gäste an verschiedenen Stationen mehr über den Studiengang Polizeivollzugsdienst. Die Ausbildungsleitung des Polizeipräsidiums Münster stellte sich vor und gewährte spannende Einblicke in die „Familie der Polizei“. Zudem berichteten ehemalige Schülerinnen und Schüler der FOS Polizei (Einstellungsjahrgang 2024) aus ihrem Studienalltag an der HSPV NRW sowie von den Trainings in Schloss Holte-Stukenbrock/Selm und ihren Praxisabschnitten. Die Schülerinnen und Schüler hatten dabei die Gelegenheit, Fragen rund um das Studium zu stellen.

Ein weiteres Highlight des Besuchs war die Besichtigung der Bibliothek, bei der die Schülerinnen und Schüler sich in Kleingruppen in der Recherche von Fachliteratur ausprobieren konnten. Zudem erhielten sie durch den Besuch von Vorlesungen im Grund- oder Hauptstudium einen authentischen Einblick in den Studienalltag.



Die Schülerinnen und Schüler bekamen einen ersten Einblick in ihren künftigen Studienalltag
(Bild: HSPV NRW)

Besonders erfreulich: Alle Schülerinnen und Schüler haben bereits einen Studienplatz an der HSPV NRW sicher und werden ihr Studium, nach erfolgreichem Abschluss der FOS, am 1. September 2026 aufnehmen.

Wir freuen uns, viele von ihnen bald wieder bei uns begrüßen zu dürfen und sind gespannt auf ihren weiteren Weg an der HSPV NRW!

Christine Hauser
Studienort Münster

Zu Gast bei GovTech Deutschland**Studienfahrt nach Berlin**

Im Rahmen einer Studienfahrt nach Berlin besuchte ein Kurs des Bachelorstudiengangs Verwaltungsinformatik (MS I 25/02 S2) des HSPV-Studienorts Münster den Campus von GovTech Deutschland. GovTech Deutschland ist die zentrale nationale Initiative, die Bund, Länder, Kommunen und die Tech-Wirtschaft zusammenbringt, um digitale Lösungen für den öffentlichen Sektor schneller in die Umsetzung zu bringen. Bei der als Verein organisierten Institution sind diverse Bundes- und Landesministerien ordentliche Mitglieder und lancieren Digitalisierungsprojekte zwischen Start-ups, etablierten Unternehmen und Behörden aller Ebenen.

Empfangen wurden die Studierenden von Hans-Jörg Schäper (Executive Fellow) und David Steinacker (Head of Partnerships & Ecosystem). Sie gingen auf die Vision und Struktur von GovTech Deutschland ein, mit dem Ziel, ein Betriebssystem für den digitalen Staat zu erschaffen. Daneben gewährten Sie Einblicke in die Arbeitsbereiche GovTech Campus und GovTech Kommunal.

Prof. Dr. Nicolai Krüger (HSPV NRW, Studienort Münster, Denomination Verwaltungsinformatik) stellte in diesem Rahmen die Hochschule und ihre Forschungsaktivitäten vor und machte dabei deutlich, dass ein Großteil des Nachwuchses für die



Gruppenfoto bei GovTech (Bild: HSPV NRW)

Verwaltungsdigitalisierung in Nordrhein-Westfalen an der HSPV NRW studiert.

Themen und Diskussionen

Nach dem gegenseitigen Kennenlernen hatten die Studierenden Gelegenheit, intensiv mit den Vertretern von GovTech Deutschland zu diskutieren. Die Gespräche drehten sich rund um die tägliche Arbeit: von der Vereinsstruktur mit Behörden als Mitglieder über konkrete KI-Projekte in Ministerien bis hin zu Fragen digitaler Souveränität. Besonders bewegt hat die Studierenden die Frage, auf welche Verwaltungsrealität sie nach ihrem Studium treffen werden. Hans-Jörg Schäper gab ihnen dabei etwas mit auf den Weg: Es wird auf sie ankommen. Mit dem richtigen Mindset, vorhandene Spielräume zu nutzen und Digitalisierung aktiv zu gestalten, statt auf bessere Rahmenbedingungen zu warten.

Auch über neue Ansätze in der Verwaltungsführung wurde diskutiert: Design Thinking, agiles Arbeiten und prototypische Entwicklung als Methoden, die künftige Führungskräfte kennen und anwenden sollten.

Mögliche Anknüpfungspunkte

Der Besuch endete mit einer Führung durch die Räumlichkeiten von GovTech Deutschland und dem gemeinsamen Wunsch, es nicht bei diesem einen Treffen zu belassen. Angedacht ist bereits ein Gastvortrag von Hans-Jörg Schäper an der HSPV NRW in Münster, bei dem entwickelte Prototypen vorgestellt werden sollen.

Die Studienfahrt wurde mit weiteren Programmpunkten fortgesetzt: Geplant waren neben kulturellen Einblicken in Berlin auch weitere Termine zu den Themenbereichen IT, Technologie und digitaler Staat.

Prof. Dr. Nicolai Krüger

Studienort Münster

Studienfahrt nach Prag

Im Rahmen einer Studienreise während des dreijährigen dualen Bachelorstudiums am HSPV-Studienort Münster, besuchte der Kurs 23/53 in Begleitung des Dozenten Joachim Poll vom 12. Januar 2026 bis zum 16. Januar 2026 die tschechische Hauptstadt Prag



Die HSPV-Studierenden zu Gast in Prag (Bild: HSPV NRW)

Im Fokus der Studienreise standen insbesondere der fachliche Austausch mit den tschechischen Polizeikollegen und die internationale Polizeiarbeit. Über den Landesgruppenleiter der International Police Association (IPA), Konrad Bröker, konnte Kontakt mit IPA-Freunden in Prag hergestellt und so ein spannendes Programm organisiert werden.

Austausch mit der Policie České republiky

Ein gelungener Start war das Treffen mit den tschechischen Kollegen auf einer Polizeiwache in „Praha 1“. In freundschaftlicher Atmosphäre wurden die Arbeitsweise und die Ausstattung der Prager Polizei präsentiert und verglichen. Durch die Übergabe der Gastgeschenke, die von der IPA zur Verfügung gestellt wurden, fand das Treffen seinen Höhepunkt.

Besuch der Deutschen Botschaft in Prag

Ein weiteres Highlight war das Treffen mit dem Verbindungsbeamten der Bundespolizei in der Deutschen Botschaft. Auch hier erfolgten der Kontakt und die Organisation über die IPA und die engagierten IPA-Freunde. Nach einer spannenden Führung durch das geschichtsträchtige Botschaftsgebäude war die bewegende Geschichte der DDR-Bürger, die im Herbst 1989 Zuflucht in der Prager Botschaft suchten, ein zentrales Thema. Im Anschluss blieb Zeit für Fragen über die deutsch-tschechische Zusammenarbeit im Bereich des Polizeiwesens.

Gedenkstätte Theresienstadt

In besonderer Erinnerung wird auch der Besuch des Konzentrationslagers Theresienstadt bleiben. Die Führung durch die „Kleine Festung“, das ehemalige Gestapo-Gefängnis, ließ uns alle sprachlos zurück. Unsere Verantwortung in Vergangenheit und Zukunft für das „Nie wieder“ wurde hier besonders deutlich.

So endete die fünftägige Studienreise. Was bleibt, sind die Erinnerungen an einen gelungenen, freundschaftlichen Austausch und das Wissen, dass fünf Tage für eine Stadt wie Prag eine viel zu kurze Zeit ist.

Besonderen Dank richten die Kursmitglieder an alle IPA-Freunde und insbesondere an Konrad Bröker, der das Reiseprogramm in dieser Form durch sein Engagement erst möglich gemacht hat. Ihm ist es auch zu verdanken, dass wir auf unserer Studienreise als IPA-Abordnung auftreten durften. So stand die Fahrt ganz im Sinne des IPA-Leitspruchs: Servo per Amikeco.

Kurs MS P 23/53
Studienort Münster

Weltoffene Hochschulen

Die angespannte Mitte – Wie (un-)demokratisch ist die Mitte der Bevölkerung?

Nachlese zur zweiten Veranstaltung der digitalen Ringvorlesung „Demokratie im Fokus“
am 19. Februar 2026

Alle zwei Jahre untersucht die sogenannte Mitte-Studie, gefördert von der Friedrich-Ebert-Stiftung, unter anderem Einstellungen zu Demokratiefeindlichkeit und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland. Prof. Dr. Beate Küpper (Hochschule Niederrhein) ist Mitherausgeberin der Studie und stellte im Rahmen der Ringvorlesung zentrale Befunde zur Entwicklung demokratiefeindlicher Einstellungen vor.

Ein zentrales Ergebnis war dabei, dass sich viele Menschen selbst als demokratisch einschätzen – auch solche mit rechtsextremen Einstellungen. Gleichzeitig nehmen 70 % der Befragten einen Anstieg des Rechtsextremismus als bedrohlich wahr. Die große Mehrheit zeigt sich mit der Lebensqualität in ihrer Region zufrieden. Diese Zufriedenheit fällt jedoch insbesondere bei Wählerinnen und Wählern der AfD deutlich geringer aus.



© AndriiKoval - stock.adobe.com

Darüber hinaus sinkt die Zustimmung zu der Aussage, dass die deutsche Demokratie im Großen und Ganzen funktioniert, ebenso wie das Vertrauen in Wahlen. Hier könnten sich auch Narrative über Wahlfälschung aus den USA auswirken, da der Verdacht auf Wahlmanipulation in Deutschland – abgesehen von den Problemen bei der Bundestagswahl in Berlin – bislang kaum eine Rolle gespielt hat. Demokratieskeptische Einstellungen finden sich vor allem unter Anhängerinnen und Anhängern der AfD.

Die Zustimmungswerte zu Aussagen, die auf ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild hindeuten, waren besonders nach der Corona-Pandemie hoch. Zwar sind sie in der aktu-

**WELTOFFENE
HOCHSCHULEN
GEGEN FREMDEN-
FEINDLICHKEIT**

<https://www.hrk.de/>

ellen Befragung etwas zurückgegangen, liegen aber weiterhin über dem Niveau früherer Jahre. Deswegen ist der Rückgang für die Referentin kein Anlass für Entwarnung, denn auffällig ist genauso ein schwindendes Vertrauen in die Problemlösefähigkeit der Demokratie und vor allem ihrer Institutionen, eine schrumpfende Zahl derjenigen, die allen Items zur Erhebung einer rechtsextremen Einstellung durchgängig eine eindeutige Absage erteilen und insgesamt mehr Antworten im sogenannten „Graubereich“, in dessen Fahrwasser eine schleichende Normalisierung der AfD zu beobachten ist. Der Anteil derjenigen, die rechtsextreme Aussagen eindeutig verneinen, wird kleiner.

Ein weiterer Befund ist, dass sich die Altersunterschiede verändert haben: Gerade unter jüngeren Befragten zeigen sich häufiger geschlossene rechtsextreme Weltbilder.

Zum Abschluss appellierte Professorin Küpper, sich im eigenen Handeln nicht nur mit demokratiefeindlichen Einstellungen auseinanderzusetzen, sondern auch die Stärken und den Wert der Demokratie hervorzuheben und rechtsextremen Positionen keinen Raum zu geben.

In der anschließenden Diskussion wurde unter anderem die Relevanz sozialer Medien und die durch sie verstärkt ermöglichte Zuspitzung (halb-)öffentlicher Meinungsbildung thematisiert. Auch die Rolle der seriösen Leitmedien wurde mit Blick auf deren häufige Darstellungsstrategien der Polarisierung und Verkürzung, aber auch hinsichtlich der Bemühungen um Ausgewogenheit und Repräsentation (alle Stimmen/Meinungen zu Wort kommen zu lassen), kritisch gesehen.

[Die Vortragsfolien können hier eingesehen werden.](#)

Prof. Dr. Gina Rosa Wollinger und Prof. Dr. Thomas Winschuh
Studienort Köln

Veröffentlichungen

Herausforderungen im Eingriffsrecht

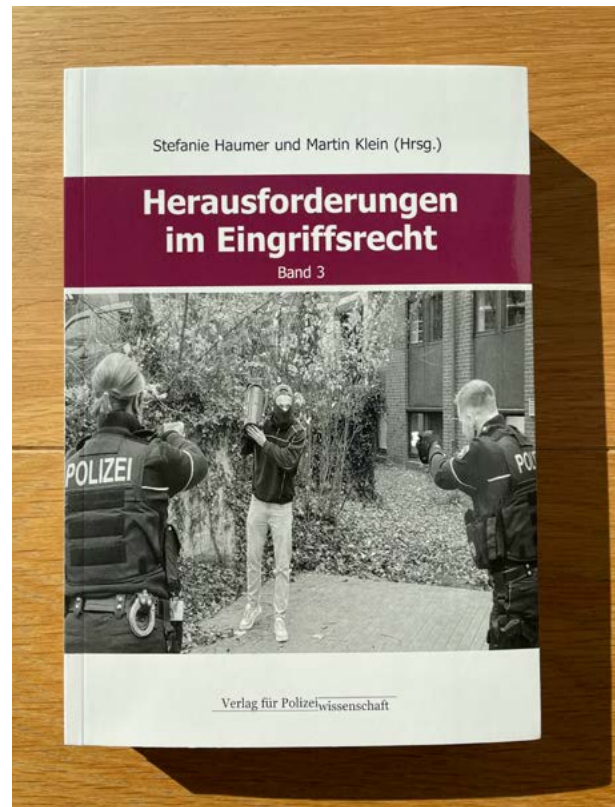
Im Rahmen einer Schriftenreihe ist zu Jahresbeginn der dritte Sammelband „Herausforderungen im Eingriffsrecht“, herausgegeben von Prof. Dr. Stefanie Haumer und Prof. Dr. Martin Klein, im Verlag für Polizeiwissenschaften erschienen

Die Schriftenreihe richtet sich an Studierende, Lehrende und in der Praxis tätige Personen und bietet eine gute Möglichkeit, sich in gebündelter Form über aktuelle Herausforderungen im Eingriffsrecht zu informieren. Dabei greift der dritte Sammelband gegenwärtige Diskussionen auf, deren Schwerpunkte in der Gefahrenabwehr liegen. Die im Fokus stehenden Themen reichen von einer vertieften Beschäftigung mit Grundsatzfragen (wie dem Verhältnis von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung) bis zu verschiedenen rechtlichen Herausforderungen in der Praxis. Diese ergeben sich aus dem Versammlungsrecht und dem Umgang mit Kraftfahrzeugen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Umgang mit Daten; hier werden die automatisierte Datenanalyse, die biometrische Echtzeit-Fernidentifizierung, die Restverdacht-Datenspeicherung sowie die Videoüberwachung thematisiert. Zusätzliche Themen ergeben sich aus dem Waffenrecht, der polizeilichen Eigensicherung und dem Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigungen. Ergänzend wird die Bürgerbeteiligung in der Polizeiarbeit in den Niederlanden thematisiert und ein Blick aus Wales auf hybride Bedrohungen in Deutschland geworfen. Der vierte Band ist bereits in Planung. Ein Call for Papers steht auf der Homepage der HSPV NRW zur Verfügung. Nach Band 2 soll auch Band 4 den Fokus auf rechtliche Herausforderungen und aktuelle Diskussionen im Bereich der Strafverfolgung legen. Eingeladen, sich zu beteiligen, sind insbesondere Forschende der Hochschulen der Polizei aus der Disziplin der Rechtswissenschaft mit Bezug zum Eingriffsrecht, das heißt insbesondere auch Staatsrecht, Straf(-prozess)recht und weitere Bereiche mit Überschneidungen in der Materie. Ausdrücklich werden auch Studierende mit herausragenden Forschungsergebnissen eingeladen, sich zu beteiligen. Die Beiträge sollten zwischen 35.000 und 40.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) lang sein und bis Ende November 2026 vorliegen. Band 4 erscheint ebenfalls im Verlag für Polizeiwissenschaft. Bei Interesse reichen Sie Ihre Vorschläge bitte als Abstract (im Umfang von maximal zwei Seiten) per E-Mail bis zum 30. Juni 2026 bei den Unterzeichnenden ein.

Prof. Dr. Stefanie Haumer
Studienort Münster

Prof. Dr. Martin Klein
Studienort Bielefeld



Buchcover Band 3 (Bild: HSPV NRW)

Neue verkehrsrechtliche Publikation

Die Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung (eKFV)

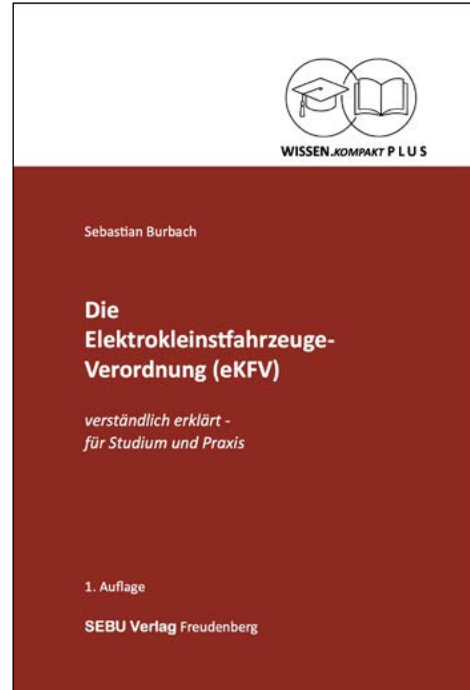
Frisch im März 2026 ist das neue verkehrsrechtliche Lehrbuch „Die Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung (eKFV) – verständlich erklärt für Studium und Praxis“ in der Lehrbuchreihe WISSEN:kompakt.PLUS des SEBU Verlag Freudenberg in der Erstauflage erschienen.

Das 220 Seiten umfassende Lehrbuch seziiert die eKFV in seinen kleinsten Bestandteilen. Jede Norm und nahezu jeder Satz wird detailliert betrachtet, ausgelegt und erklärt. Dabei wird insbesondere auf die bestehenden Normenverweise und deren Anwendung eingegangen. Zahlreiche Abbildungen fördern das Verständnis für diese nicht ganz einfach zu verstehende und in ihrer Anwendung stellenweise komplizierte Verordnung.

Die Publikation eignet sich insbesondere zur Verwendung im Studium, aber auch als Nachschlagewerk in der polizeilichen Praxis. Aus diesem Grund legt das Buch vor allem Wert auf direkte Verständlichkeit; auf ausführliche Zitationen einschlägiger Rechtsquellen wird dabei bewusst verzichtet.

Das Buch kann im [Onlineshop des Verlages](#) bestellt werden; dort wird auch eine ausführliche Leseprobe zur Verfügung gestellt.

PHK Sebastian Burbach, M.A.
Studienort Köln



Buchcover (Bild: SEBU Verlag Freudenberg)

Neuer Kommentar zum Versammlungsgesetz NRW erschienen

Im März 2026 ist im Kommunal- und Schulverlag der neue Kommentar zum Versammlungsgesetz NRW erschienen, verfasst von zwei Lehrenden der HSPV NRW: Prof. Dr. Anne Frankewitsch (Studienort Bielefeld) und Prof. Dr. Maximilian Wormit (Studienort Duisburg)

Die Versammlungsfreiheit ist seit jeher Seismograf und Motor demokratischer Entwicklungen: Wo Menschen ungehindert zusammenkommen können, hat die öffentliche Debatte Raum, sich zu entfalten. Im berühmten Brokdorf-Beschluss von 1985 beschrieb das Bundesverfassungsgericht diese Freiheit als „unentbehrliches Element eines freiheitlichen Staatswesens“ – ein Leitgedanke, der bis heute jede gesetzliche Ausgestaltung prägt. Gerade in politisch und gesellschaftlich unruhigen Zeiten kommt dem Grundrecht aus Art. 8 des Grundgesetzes daher ein besonderes Gewicht zu.

Mit der Föderalismusreform I von 2006 ging die Regelungs-

kompetenz für das Versammlungsrecht vom Bund auf die Länder über. Nordrhein-Westfalen griff diese Kompetenz mit dem Gesetz zur Einführung eines nordrhein-westfälischen Versammlungsgesetzes auf, das Ende 2021 verabschiedet und am 7. Januar 2022 in Kraft gesetzt wurde; seit diesem Tag gilt im Land nicht mehr das Versammlungsgesetz des Bundes.

Das Versammlungsgesetz NRW (VersG NRW) übernimmt die klassischen Grundprinzipien (Friedlichkeit, Waffenlosigkeit und Kooperationsgebot), erweitert sie jedoch um mehrere scharf konturierte Eingriffsbefugnisse. Besonders hervorstechen das in § 13 Abs. 1 Satz 3 VersG NRW normierte gene-

relle Verbot von Versammlungen auf Bundesautobahnen, die weitreichende Befugnis der Polizei zu Bild- und Tonaufnahmen mit anschließender Identifizierung sowie das neu eingeführte Gewalt- und Einschüchterungsverbot, das insbesondere auf Blockadetrainings und militant anmutende Aktionsformen zielt. Ein erweiterter Straf- und Ordnungswidrigkeitenkatalog flankiert diese Regelungen, sodass das Gesetz im bundesweiten Vergleich vielfach als besonders sicherheitsorientiert diskutiert wird.

Seit dem 4. Januar 2023 befasst sich zudem der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen mit mehreren Verfassungsbeschwerden gegen zentrale Vorschriften des Versammlungsgesetzes NRW, darunter das Versammlungsverbot auf Autobahnen.

Der Kommentar versteht sich als Praxiskommentar und richtet sich an Praktikerinnen und Praktiker in Versammlungs- und Polizeibehörden, an Rechtsanwaltschaft und Gerichte ebenso wie an Veranstalter, Versammlungsleitungen und zivilgesellschaftliche Organisationen. Sein Ziel ist es, in der täglichen Anwendung schnell verlässliche Orientierung zu bieten und zugleich die verfassungsrechtliche Tiefenschärfe zu wahren, die Art. 8 des Grundgesetzes verlangt – gerade angesichts der aktuellen verfassungsgerichtlichen Überprüfung und der hohen Bedeutung der Versammlungsfreiheit in unserer Gegenwart.

Prof. Dr. Anne Frankewitsch

Studienort Bielefeld

Prof. Dr. Maximilian Wormit

Studienort Duisburg



Buchcover (Bild: KSV Medien)

Polizei für das Raumschiff Erde

HSPV NRW an der „Encyclopedia of the Anthropocene“ beteiligt

Max Weber war Anfang des 20. Jahrhunderts noch von einer rationalen „Weltbeherrschung“ ausgegangen. Heute hingegen offenbart sich die Abhängigkeit des Menschen von seinem Heimatplaneten gnadenlos. Der Ökonom Kenneth E. Boulding hat deswegen schon 1966 eine „Raumfahrt-Ökonomie“ beschrieben, „in der die Erde zu einem einzigen Raumschiff geworden ist, in dem der Mensch seinen Platz in einem zyklischen Ökosystem finden muss.“ Der deutsche Philosoph Peter Sloterdijk hat Bouldings Raumschiff-Metapher aufgegriffen und stellt fest: „Das Raumschiff Erde hat keinen Notausgang.“ Viele Geologinnen und Geologen nennen die Epoche des Raumschiffs Erde „Anthropozän“ – also das menschengemachte Zeitalter.

Die Erziehungswissenschaftler Nathanael Wallenhorst (katholische Universität Angers (Frankreich)) und Christian Wulf (Freie Universität Berlin) sehen in dem Anthropozän Herausforderungen auf Erziehung und Bildung zukommen. Sie haben deswegen ein kolossales bildnerisches Projekt in Angriff genommen: die „Encyclopedia of the Anthropocene“, für die fast 1.000 Artikel geplant sind.

Sie verstehen „Anthropozän“ darin als einen Bruch mit allem Vorherigen, was „verdeutlicht, dass das Morgen angesichts der Möglichkeit des Überschreitens von Kippunkten keine Fortsetzung des Heute ist.“ Ihr Ziel ist es, ein Werk zu veröffentlichen, das zusammenfassende Informationen so bereitstellt,

„dass Studierende in der Masterphase von einem Beitrag profitieren können, der nicht aus ihrem eigenen Fachbereich stammt.“ Das Werk erscheint bei Springer.

Zu dieser Enzyklopädie habe ich den Eintrag „Policing the Anthropocene“ beisteuern dürfen, der – in aller Kürze – folgendes zur Polizei im Anthropozän festhält: Ihre Rolle als „administrativer Libero“ wird noch an Bedeutung gewinnen, die 1,2 Milliarden Klimaflüchtlinge, die bis 2050 weltweit erwartet werden, stellen die Polizeien überall vor große Herausforderungen und der Streit um den richtigen Umgang mit den Folgen des Anthropozäns wird unter anderem neue Formen des Crowd-Managements erforderlich machen. Die Hauptsache

aber dürfte sein, dass die Polizei auf absehbare Zeit an nationales Recht gebunden bleibt, während das Anthropozän grenzüberschreitende Auswirkungen hat.

Mit Blick darauf, dass erfahrene Polizistinnen und Polizisten ihren Beruf gerne lakonisch mit „souveränem Auftreten bei totaler Ahnungslosigkeit“ umschreiben, könnte es glatt sein, dass die Polizei besser auf die Unvorhersehbarkeiten des Anthropozäns vorbereitet ist, als man vielleicht meinen sollte.

Prof. Dr. Jonas Grutzpalk

Studienort Bielefeld

„Es gibt nur eins, das auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“

John F. Kennedy

Impressum

Herausgeber Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, HSPV NRW

Redaktion Florian Bury (V. i. S. d. P.), Thomas Rekendt, Sandra Warnecke

Fotos siehe Bildunterschriften

Satz Johann Ifflaender

Sie erreichen das Redaktionsteam unter: newsletter@hspv.nrw.de

